



Kulturausschuss

2. Sitzung (nichtöffentlich)

20. September 2000

Düsseldorf - Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport (alter Kabinettsaal)

11.00 Uhr bis 12.40 Uhr

Vorsitz: Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU)

Stenografin: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Einführung in die Kulturpolitik der Landesregierung für die 13. Wahlperiode | 1 |
|----------|--|----------|

Minister Dr. Vesper berichtet zur Kulturpolitik der Landesregierung für die 13. Wahlperiode. Die Aussprache über den Einführungsbericht soll in der Sitzung am 25. Oktober 2000 erfolgen.

- 2 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/150

8

Der Ausschuss diskutiert über den Gesetzentwurf der Landesregierung. In der Sitzung am 25. Oktober 2000 soll die abschließende Beratung und Abstimmung erfolgen.

- 3 Situation der Philharmonia Hungarica**

11

Im Anschluss an den Bericht von Minister Dr. Vesper tritt der Ausschuss in eine Diskussion ein.

- 4 Entsendung von Mitgliedern in die "Koordinierungskommission Industriemuseen" der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe**

15

Der Ausschuss beschließt einstimmig, folgende Mitglieder zu entsenden:

SPD: Annelie Kever-Henseler, Oda-Gerlind Gawlik, Jarka Pazdziora-Merk

CDU: Dr. Renate Düttmann-Braun, Tanja Brakensiek, Richard Blömer

F.D.P.: Brigitte Capune-Kitka

GRÜNE: Oliver Keymis

5 Verschiedenes

15

Der Ausschuss verständigt sich über Verfahrensfragen sowie über den Terminplan für das Jahr 2001.

2 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/150

Minister Dr. Michael Vesper (MSWKS) nimmt Stellung:

Die Ausgangslage ist klar. Warum ist dieser Nachtragshaushalt erforderlich? - Es handelt sich zum einen um die Änderung bundesgesetzlicher Vorschriften. Zum anderen sind Konsequenzen aus der Neubildung der Landesregierung zu ziehen. Und es ist Vorsorge zu treffen für den Haushalt 2001. Das sind die Gründe, weshalb die Landesregierung diesen Nachtragshaushalt eingestellt hat.

Uns betreffen im Bereich Kulturpolitik insbesondere folgende Punkte: Das Stiftungskapital der Stiftung Kunst und Kultur wird um 9 Millionen DM auf 10 Millionen DM aufgestockt. Das hat übrigens nichts mit Frau Brusis zu tun. Das hat vielmehr etwas damit zu tun, dass eine Stiftung Umwelt und nachhaltige Entwicklung gebildet werden soll mit einem Stiftungskapital von 10 Millionen DM und eine Sportstiftung mit einem Stiftungskapital von 10 Millionen DM. Wir haben gesagt: Wir wollen dann die Stiftung Kunst und Kultur auf das gleiche Niveau heben. Darum geht es.

Darüber hinaus ist der Ausschuss - ohne Personal - wie folgt fachlich betroffen: Kapitel 14 600 Titel 712 10 Grundsanierung des Hauptstaatsarchivs in Düsseldorf - hier wurden ja im Zuge der Sanierungsarbeiten erhebliche Mängel beim Brandschutz festgestellt. Hier wird eine neue Verpflichtungsermächtigung eingestellt, die jetzt die Beauftragung der Hälfte der zwingend notwendigen Arbeiten ermöglicht. Die VE beträgt 2,75 Millionen DM. Die Gesamtkosten werden bei etwa 5,5 Millionen DM liegen.

Dann geht es um die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, Kapitel 14 620 Titel 685 20. Wir mussten reagieren auf den unerwartet hohen Rückgang der Besucherzahlen bei den beiden letzten Ausstellungen, der zu einem um 1,7 Millionen DM höheren Zuschussbedarf geführt hat. Das hat zu tun unter anderem mit dem Projekt "Global Art", wie Sie wissen. In diesem Fall sind wir nun selber der Träger der Kunstsammlung und müssen deswegen die Konsequenzen daraus ziehen. Wir haben diesen erhöhten Zuschussbedarf reduzieren können durch die Nichtbesetzung freigewordener Stellen und erhebliche Einsparungen bei sonstigen Ausgaben auf etwa 1,15 Millionen DM.

Dieser Betrag wird eingespart einmal beim Bibliothekswesen, bei den Zuweisungen an die Gemeinden um 250.000 DM. Der Ankauf von Werken der bildenden Kunst wird um 60.000 DM reduziert, literarische Veröffentlichungen und der Ankauf von Sammlerobjekten um 20.000 DM. Wir haben überall da etwas zusammengekratzt, wo wir glauben, dass wir es in diesem Jahr nicht mehr benötigen, sodass es also keine wirklichen Einschränkungen gibt, obwohl es natürlich dennoch bedauerlich ist. Die allgemeine internationale Kulturförderung verliert 245.000 DM. Die regionale Kulturförderung ist mit 515.000 DM dabei, und die Zuschüsse für das rheinisch-westfälische Theaterwesen mit 60.000 DM.

Der dritte Punkt ist das Ständehaus. Wir sehen uns hoffentlich beim Richtfest. Das wird eine schöne Veranstaltung. Wegen der fortgeschrittenen Bauarbeiten soll der beauftragte Architekt bereits jetzt mit den Planungen für die Ersteinrichtung des Ständehauses beginnen. Nach dem vom Bauamt geprüften Angebot werden Planungsleistungen in Höhe von 100.000 DM bereits in diesem Jahr fällig - von den insgesamt veranschlagten 10 Millionen DM. Das wird als Baransatz jetzt ausgewiesen.

Das sind die Punkte, die außerhalb des Personals den Kulturhaushalt betreffen.

Richard Blömer (CDU) hält es für problematisch, wenn die Kunstsammlung aufgrund von Einnahmeausfällen einen Ausgleich von 1,15 Millionen DM erhalten müsse. Dieser Ausgleich erfolge durch Kürzungen bei anderen Kultureinrichtungen, auch der Kommunen. Er wisse, dass es solche Vorfälle in Museen hin und wieder gebe. Aber auch die kommunalen Museen im Land hätten Probleme und würden sich über eine solche Entlastung freuen. Diese Unterstützung könne nur einmalig sein. Bei der Ausstellungsplanung müsse überlegt werden, wie das Budget eingehalten werden könne.

Wenn bei der regionalen Kulturförderung 515.000 DM eingespart würden, interessiere ihn, welche Projekte möglicherweise durch diese Haushaltskürzung belastet würden.

Zur Zuschusskürzung für das rheinisch-westfälische Theaterwesen wolle er wissen, welche Theater in welcher Größenordnung belastet würden und ob den Theatern die Situation rechtzeitig mitgeteilt worden sei, damit sie sich darauf hätten einrichten können.

Der Minister habe nichts ausgeführt zu den Einnahmen aus Sportwetten (Oddset-Wetten) in Höhe von 42 Millionen DM. Er bitte um eine Erläuterung zur Verwendung dieser Mittel.

Manfred Böcker (SPD) erinnert an den gemeinsamen Antrag und Beschluss des Kulturausschusses und des Plenums in der letzten Legislaturperiode, in Zukunft bei der Verteilung der Mittel für Stiftungen den Bereich Laienmusik mit zu berücksichtigen. Dabei gehe es um die Oddset-Wetten. Es habe sich um einen komplizierten Prozess gehandelt, bei dem die Interessen des Sports, die Diskussion, eine neue Stiftung einzurichten, und die Beteiligung der Laienmusik eine Rolle gespielt hätten.

Deshalb lege er sehr großen Wert darauf, dass sich die Landesregierung bei der Aufteilung der Mittel an diesen gemeinsamen Beschluss halte, 6 Millionen DM für die Laienmusik zur

Verfügung zu stellen. Das müsse nicht zwingend über den Nachtrag erfolgen. Erfülle die Landesregierung dies nicht, verliere sie nicht nur ihre Glaubwürdigkeit in diesem Bereich - der Beschluss habe zu einer enormen Beruhigung der Szene beigetragen -, sondern auch die Möglichkeit, gezielt bei der Aufbauarbeit der Laienmusik mitzuwirken. Denn er sehe nicht, wie die Mittel aus dem Kulturhaushalt auf andere Weise aufgebracht werden könnten. Er bitte herzlich darum, im Rahmen der Beratungen im Kabinett und im Zuge der Haushaltsplanberatungen für 2001 sicherzustellen, dass dieser gemeinsame Beschluss erfüllt werde.

Brigitte Capune-Kitka (F.D.P.) bedauert, dass die Kommunen dort getroffen würden, wo sie den Bürger mit der Kultur erreichten, bei Bibliotheken, Volkshochschulen, Museen usw. Sie bitte für die Zukunft darum, die Zuschüsse für die Kommunen in dieser Hinsicht nicht anzutasten. Andernfalls gehe in der Basis zu viel verloren und fehle für einige große Projekte, die die Kommunen durchführen wollten.

Das Defizit bei der Kunstsammlung ärgere ihn ebenfalls, betont **Minister Dr. Vesper**. Es bleibe aber keine andere Wahl, als dieses Defizit zu begleichen, damit die Kunstsammlung keinen Schaden erleide.

Die Einsparvorschläge des Kabinetts stammten aus einer pflichtgemäß zu bildenden Mittelreserve. Seines Wissens finde deshalb keine einzige geplante Maßnahme nicht statt. Mit dieser Mittelreserve hätte im Bereich der regionalen Kulturpolitik am Ende des Jahres möglicherweise noch auf etwas reagiert werden können. Aber er sehe keine andere Chance, als das Defizit aufzufangen. Schwerpunktmäßig seien nicht die Gemeinden betroffen, sondern es handele sich um Teile der Mittelreserve.

Der Landtagsbeschluss zu den Oddset-Wetten beinhalte auch, dass zunächst die Einnahmentwicklung und die Auswirkungen auf die bestehenden Wetten abgewartet würden. Der Sport habe damals durch die zusätzlichen Wetten für seine Wetten Verluste befürchtet. Zunächst einmal würden diese eventuellen Rückgänge ausgeglichen aus der Oddset-Wette. Von den dann übrigen Einnahmen müsse erst einmal das Volumen bekannt sein. Nach einem sehr starken Beginn der Oddset-Wette seien die Erträge deutlich zurückgegangen und stiegen jetzt erst langsam wieder an. Die "Wunderwaffe", die sich viele erhofft hätten, sei die Oddset-Wette offensichtlich nicht. Deshalb werde - wie im Landtagsbeschluss vorgesehen - bis zum Ende des Jahres erst einmal die Einnahmesituation erhoben.

Es gebe eine ganze Reihe von Begehrlichkeiten. Darüber dürfe man sich keine Illusionen machen. Da sei zum einen die neue Stiftung Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Zum anderen beanspruche der Sport den Löwenanteil, weil es sich um eine Sportwette handele. Er habe gehört, dass von 70 % gesprochen werde. Und schließlich gebe es die berechtigten Ansprüche in Bezug auf die Laienmusik und die Breitenkultur. Darum sei es schwierig, einen Verteilungsschlüssel zu erreichen, den alle akzeptierten. Nicht im Nachtragshaushalt, sondern im Haushalt des Jahres 2001 sei dieses Problem zu lösen.

Manfred Böcker (SPD) befürchtet bei einer Vorabverteilung für den Haushalt 2001 Probleme. Er plädiere dafür, dass dieses komplizierte Geflecht, das - in Übereinstimmung mit dem Sport - ausgehandelt worden sei, nun auch so eingehalten werde. Er trete ein für eine gleichrangige Behandlung - nicht in der Höhe - aller dieser Sparten, die über Stiftungen jetzt subventioniert werden sollten. Er spüre die Unruhe in der Szene und sei heilfroh darüber gewesen, dass doch eine einvernehmliche Lösung gefunden worden sei.

Richard Blömer (CDU) stimmt dem Abgeordneten Böcker zu. In den verschiedenen Ausschüssen habe Einigkeit darüber bestanden, die Bereiche gleichrangig zu behandeln. Daran sei die Landesregierung zu erinnern.

Die Oddset-Wette führe zu Einnahmen in Höhe von 42 Millionen DM. Der Minister habe zwar auf die Einnahmeausfälle bei anderen Lotteriearten hingewiesen, aber es gebe dennoch erhebliche Mehreinnahmen gegenüber vergangenen Jahren. Insofern erwarte er eine angemessene Beteiligung. Die Zeit sei gekommen, auch im Bereich Kultur Schwerpunkte zu setzen. Deshalb begrüße er auch die Verzahnung zwischen Sport und Kultur.

Auch er spüre die Unruhe und die Sorgen, bestätigt **Minister Dr. Michael Vesper**. Der Landtagsbeschluss lege noch keine Verteilung fest, sondern sage nur allgemein, was berücksichtigt werden müsse. Wenn er alle ihm bekannten Anliegen addiere, komme er auf knapp 200 %. Es könnten aber natürlich nur 100 % verteilt werden. Deshalb könne er den Fraktionen - vor allem den Regierungsfraktionen - nur empfehlen, mit dafür zu kämpfen, dass die Kultur einen angemessenen Anteil erhalte. Dies sei auch sein Interesse und sein Ansatz. Noch sei dieser Kampf nicht entschieden. Alle gegenteiligen Vermutungen träfen nicht zu. Die Vorentscheidungen, die durch den Landtagsbeschluss getroffen worden seien, reichten nicht.

MR Hoffmann (MSWKS) führt zum rheinisch-westfälischen Theaterwesen aus, die Zuschusskürzung setze sich zusammen aus zwei frei gewordenen Beträgen und einem kleinen Teil einer Planungsreserve für die Förderung eines Sonderprojekts im Rahmen der Biennale. Das Projekt habe aber auch ohne diesen Sonderzuschuss durchgeführt werden können. Kein Theater habe weniger Geld erhalten.

3 Situation der Philharmonia Hungarica

Minister Dr. Michael Vesper (MSWKS) berichtet:

Die Situation der Philharmonia Hungarica ist eine sehr ernste, aber absehbar. Es ist ja bekannt, dass wir diesem Orchester aus dem Landeshaushalt 600.000 DM zur Verfügung stellen. Sie kennen wahrscheinlich die Geschichte des Orchesters. 1956 ist dieses damalige ungarische Staatsorchester zu uns gekommen. Es ist dann immer vom Bund